

**NABU Regionalverband Angermünde
c/o Beate Blahy
Koppel 1
16278 Angermünde**

OFFENER BRIEF

**AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DES LANDES BRANDENBURG,
HERRN DIETMAR WOIDKE**

Heinrich- Mann- Allee 107

144 73 POTSDAM

Steinhöfel, den 13.6.2014

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die jüngste BraLa in Paaren/Glien hat gerade wieder die Pforten geschlossen. Sie bot auch eine Plattform für den gesellschaftlichen Diskurs, der sich seit mehreren Jahren um das Thema „Massentierhaltung in Brandenburg“ entwickelt hat.

In der Märkischen Oderzeitung fanden wir dazu eine kurze Notiz, in der Sie zitiert werden mit der Aussage, dass die Diskussion um Massentierhaltung den ländlichen Raum schwäche. Sie warnen vor Panikmache gegenüber der Tierhaltung.

Diese Aussage bedarf einer Richtigstellung.

Wie kann es sein, dass der Ministerpräsident ebenso wie der zuständige Fachminister behaupten, es sei alles bestens, man brauche keine Agrarwende, und Massentierhaltung gebe es in Brandenburg nicht?

Beim erwähnten Thema „Massentierhaltung“ (auch mit dem Begriff „Intensivtierhaltung“ belegt) vermissen wir die unabhängige und kompetente Urteilskraft und das konsequente Handeln der Landesregierung sehr. Wir fragen uns, woran es liegt, dass auf der Hand liegende Fakten schlicht geleugnet werden.

Ist es Unkenntnis? Ist es Unwille? Gibt es höhere Gründe, die sich der Einsicht der BürgerInnen entziehen?

Wie kann es sein, dass der Ministerpräsident ebenso wie der zuständige Fachminister behaupten, es sei alles bestens, man brauche keine Agrarwende, und Massentierhaltung gebe es in Brandenburg nicht? Worunter verbuchen Sie die fünf Millionen Hähnchenmastplätze in Brandenburg? Unter bäuerlicher Landwirtschaft? Und werden die erzeugten 35 Mio Hähnchen alle von den Brandenburgern verzehrt, wie der Fachminister nahelegte?

Inzwischen liegt eine lange Reihe an wissenschaftlichen Publikationen aus Universitäten, Bundes- und Landesbehörden vor, die klar belegen, dass dem gerade nicht so ist. Diese experimentellen Ergebnisse und wissenschaftlichen Erkenntnisse dringen mehr und mehr in die Öffentlichkeit. Sie sind der Grund für die anhaltenden Proteste. Immer mehr Fakten treten zutage, die klar belegen, dass die seit einigen Jahren betriebene Praxis in der Landwirtschaft, immer mehr Tiere in Riesenställen auf engstem Raum zu halten, fatale Auswirkungen auf Menschen und Umwelt nach sich zieht:

- Schadstoffe (Stickstoffverbindungen, Keime, Tierarzneimittel, Desinfektionsmittel) in der Luft, in Wasser und Boden
- verstärkte Verkehrsströme für die Ver- und Entsorgung der Tiere, mit der Folge verstärkter Belastung der öffentlichen Verkehrswege

- Tierwohl und Tiergesundheit bleiben auf der Strecke, wenn z.B. Hähnchen gerade mal auf einem DIN-A-4-Blatt gehalten werden.

Besonders dramatisch ist die Erkenntnis, dass das regelmäßige und massenhafte Verabreichen von Antibiotika insbesondere in der Geflügel- und Schweinemast zu höchst gefährlichen Resistenzen bei mehreren Gruppen von Krankheitserregern geführt hat. Eine jährlich steigende Anzahl von Todesfällen im Zusammenhang mit diesen multiresistenten Keimen wie z. B. Escherichia coli ist belegt.

In den Niederlanden werden Landwirte, die in Krankenhäuser eingeliefert werden, seit einiger Zeit bereits sofort separiert und unter Quarantäne gestellt, da sie in ihrem Berufsfeld einem signifikant erhöhten Infektionsrisiko mit den kaum bekämpfbaren resistenten Keimen unterliegen und diese in die Kliniken einschleppen können.

In Deutschland ist eine jährliche Todesrate von 15.000 Patienten aufgrund der Infektion mit nosokomialen, antibiotikaresistenten Keimen belegt. Tierärzte, die Intensivtierhaltungen betreuen, sind inzwischen zu 100% Träger multiresistenter Keime (Quelle: Robert-Koch-Institut Berlin)

Die kürzlich gegründete Ärzte-Initiative gegen Massentierhaltung argumentiert klar und sachlich, weshalb diese eine ständig wachsende Gefahr vor allen Dingen für den Menschen bedeutet, sie gab für die Landespressekonferenz Niedersachsen am 4. 6. 2014 ein alarmierendes „Statement der Ärzteinitiative gegen Massentierhaltung“ ab::

„...Die Mehrzahl der Schweine und des Mastgeflügels erhalten im Laufe ihres Lebens Antibiotika, oftmals die gleichen Medikamente, die auch für Menschen eingesetzt werden. So entstehen Antibiotika-Resistenzen. Der massive Einsatz von Antibiotika im Stall geht auf den Infektionsdruck durch die Haltung von zu großen Tierzahlen auf engem Raum und der erforderlichen Behandlung aller gemeinsam gehaltenen Tiere zurück. Die Grenzen zwischen dieser sogenannten Metaphylaxe, der Therapie und dem inzwischen verbotenen Einsatz zur Mastförderung sind fließend.

Die Keime können über gesunde Träger (nach Kontakt mit den lebenden Tieren) oder über die tierischen Produkte den Menschen erreichen. Ein hoher Prozentsatz des frischen oder Tiefkühlfleisches ist bereits mit antibiotikaresistenten Erregern kontaminiert. Die erforderlichen Maßnahmen in der Küchenhygiene sind den Verbrauchern nicht bekannt und nur sehr schwer durchzuhalten. Auch in der Abluft von Tierställen, im Boden (Gülle) und in der Umgebung von Tiertransportern sind antibiotikaresistente Keime nachweisbar.

Deswegen fordern wir:

- die Abkehr von der Förderung der industriellen Landwirtschaft
- die Förderung einer tiergerechten Haltung in bäuerlichen Betrieben, die unsere ökologischen Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit nicht gefährden.
- die Ablehnung von weiteren Massentierställen und Großschlachthöfen.
- die bessere Kontrolle des Antibiotikaeinsatzes in der Lebensmittelproduktion und scharfe Sanktionen bei deren Missbrauch.
- die Reservierung bestimmter Antibiotikagruppen für die Humanmedizin.
- die Förderung der Forschung über die Epidemiologie, Prophylaxe und Therapie von Infektionen mit multiresistenten Erregern.“

Und diese ständig wachsende Gefahr soll die Menschen nicht beunruhigen?

Da wirkt die Behauptung, alles sei bestens und es gebe keinen Grund zur Sorge, geradezu zynisch.

Bei einer solch massiven Gefährdung der Menschen durch ungehinderte, mit öffentlichem Geld geförderte, weiter betriebene Wirtschaftsformen einer hochindustrialisierten, intensiven Tierproduktion ist der Gesetzgeber dringend aufgefordert, die Rahmenbedingungen zu ändern.

Die Politik ist in der Pflicht, ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge wahrzunehmen- und das fordern die Bürger von der Landes- und Bundesregierung, zu ihrem eigenen gesundheitlichen Schutz.

Ebenso zukunftsgefährdend sind die Auswirkungen des massenhaften Antibiotika-Einsatzes über die Umwelt:

Inzwischen ist nachgewiesen, dass Antibiotika mit der auf die Felder ausgebrachten Gülle im Boden Auswirkungen auf die Struktur des Bodenlebens haben und Resistenzen bei den Bodenbakterien hervorrufen. Diese können mit Staubpartikeln auch den Menschen erreichen. Dies und die Wirkungen auf das gesamte biotische Gefüge der Umwelt sind bislang unbekannt.

Immissionen in die Umgebungsluft von Intensivtierhaltungsanlagen wie etwa Hähnchenmastanlagen enthalten eine hohe Konzentration an Stickstoff und Ammoniak. Das führt nicht nur zu starken Geruchsbelästigungen für umliegende Siedlungen sondern erhöht auch den ungewollten Austrag von Stickstoff in die Böden. Die überhöhten Stickstoffeinträge beeinträchtigen das Bodenleben, schädigen die Wälder und vermindern (zusätzlich zu den Agropestiziden) dramatisch die gesamte Biodiversität.

Die Abluft aus den Intensivtierhaltungsanlagen befördert auch eine hohe Keimdichte von resistenten Krankheitserregern permanent an die Umwelt, die Keime werden mit dem Wind kilometerweit verdriftet- die Folgen sind weder abzusehen noch werden sie untersucht.

Gewaltige Anlagen mit bis zu oder sogar mehr als 100.000 Tieren erzeugen auch gewaltige Mengen an Gülle, Gestank und weiteren Abprodukten. Sie erzeugen einen Anstieg der Verkehrsströme in vorher oft ruhigen ländlichen Regionen.

Die Austräge bedrohen die Qualität des Grundwassers. Es ist erwiesen, dass in Regionen mit Massentierhaltungen die steigende Grundwasserbelastung bereits dazu geführt hat, dass immer weniger Brunnen für die Trinkwassergewinnung zur Verfügung stehen.

Die Futtermittel, mit denen gemästet bzw. gefüttert wird, stammen nicht von den oft als „landlos“ wirtschaftenden Mastbetrieben, sondern kommen in großer Menge aus dem Ausland. Dort besetzt deren Erzeugung landwirtschaftliche Flächen, die der Ernährung der dortigen Bevölkerung entzogen werden, was zu Vertreibungen, Hunger und wirtschaftlicher Not, zur Zerstörung von Ökosystemen und sozialem Gefüge beiträgt.

In Brandenburg benötigen die hochindustrialisierten und automatisierten Anlagen kaum noch Personal, so dass sie zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beitragen. Ist das von unserer Landesregierung gewollt?

Deutlich mehr Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung bietet eine bäuerliche Betriebsstruktur mit mehreren betrieblichen Schwerpunkten, mit eigener Verarbeitung und Vermarktung, nicht riesige Agrarfabriken mit Vollautomatisierung in den Abläufen.

Natürlich gibt es in Brandenburg auch bäuerliche Betriebe, die verantwortungsvoll und den Rahmenbedingungen von Betriebs- und Flächengröße angepasst Tiere halten, mästen und züchten. Daran gibt es keinen Zweifel, und die Proteste der Bevölkerung richten sich nicht gegen diese Wirtschaftsformen, die oft in ökologisch wirtschaftenden Betrieben zu finden sind.

Genau hier aber hat sich ein Ungleichgewicht entwickelt, denn diese Betriebsform hat es schwer, zu existieren, Fördermittel begünstigen vor allen Dingen die Großbetriebe. Bereits in Ihrer Rolle als brandenburgischer Landwirtschaftsminister haben Sie den Ökolandbau massiv benachteiligt und offen erklärt, dort keine Zukunft erkennen zu können. Die Umstellungsförderung wurde sogar gestrichen und ist erst kürzlich nach massiven Protesten wieder aufgenommen worden. Es ist völlig unverständlich, warum eine nachhaltig

und zukunftsfähig arbeitende Landwirtschaft an den Rand gedrängt, die intensive, nicht-nachhaltige und Ressourcen zerstörende Massentierhaltung jedoch gefördert wird, trotz aller inzwischen belegten negativen Auswirkungen auf die Umwelt, Natur und Bevölkerung. Hier können wir nicht erkennen, dass der Landesvater seiner Aufgabe und seinem Versprechen gemäß alles tut, um Schaden vom Land abzuwenden und eine gedeihliche Entwicklung zu fördern.

Gefördert werden statt dessen Agrarkartelle, riesige Trusts, deren Köpfe oft gar nicht aus der Landwirtschaft stammen und deren Interesse rein gewinnorientiert ist. Warum erteilt Brandenburg zum Beispiel einem Unternehmer von Gennip die Genehmigung für eine Schweinemastanlage mit über 36.000 Tierplätzen, obwohl die Umweltauswirkungen auf die angrenzenden Naturschutzgebiete nachgewiesener Maßen zerstörerisch sein würden? Dass die Genehmigung noch nicht umgesetzt werden kann, ist ausschließlich den Protesten von BürgerInnen zu verdanken- nur Meckerer?

Wem wollen Sie, Herr Ministerpräsident, von Tierwohl sprechen und davon, dass den Tierhaltern das Wohl ihrer Schutzbefohlenen am Herzen läge, wenn Enten ohne Wasser, Schweine in drängender Enge, ohne Stroh oder zum Wühlen geeignetes Substrat, Hähnchen ohne Tageslicht und ohne Zugang zu Grünland zum Scharren gehalten werden?

Abgesehen von den zunehmend in die Kritik geratenden Praktiken des Schnabelkürzens bei Geflügel, des Schwanzkupierens, des Zähneabkneifens und betäubungslosem Kastrieren bei Schweinen, abgesehen von den Tausenden Tonnen an Antibiotika, die an Nutztiere während ihrer Mastzeit verabfolgt werden, um sie in der völlig unnatürlichen Enge und hohen Tierkonzentration überhaupt einigermaßen gesund bzw. lebend bis ans Mastende zu bringen – was bleibt aus Ihrer Sicht noch übrig von der Behauptung, die Tierhalter sorgten sich um ihre Tiere und würden sie gut behandeln? Welcher Tierhalter kann überhaupt eine Beziehung zu Tausenden von Tieren aufbauen, die nur für einige Tage in seiner Mastanstalt verweilen? Welches von den 500.000 Hähnchen hat er besonders gern?

Intensivtierhaltung ist objektiv nicht in der Lage, tier- und artgerechte Haltungsbedingungen herzustellen.

Wir verweisen auf das öffentliche Positionspapier des tierärztlichen Forums für verantwortbare Landwirtschaft, aktualisierter Stand vom 3.12.2013, in dem klar formuliert wird:

„Die Tierärztinnen und Tierärzte dieses Forums postulieren, dass die durch industrialisierte Landwirtschaft verursachten erheblichen Probleme systembedingt weiter zunehmen. Da die Bereiche Tierschutz und Medikamenteneinsatz in der beruflichen Zuständigkeit der Tierärzte liegen, nehmen gerade sie, die Tierärzte, im System eine Schlüsselposition ein. Ihnen fällt die Pflicht zu, sich dieser Aufgabe zu stellen und sie verantwortungsbewusst auszufüllen.

Landwirtschaft wird zunehmend industrialisiert und ökonomisiert, getrieben von global agierenden Chemie-, Pharma-, Düngemittel-, Gentechnik-, Futtermittel- und Tierzuchtkonzernen mit supranationalem Einfluss. Diese Entwicklung wird durch politische Rahmenbedingungen und öffentliche Gelder (Subventionen) gefördert, wodurch die Billigproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse massiv ausgeweitet werden konnte. Industrialisierte Landwirtschaft verbraucht hohe Mengen vorwiegend fossiler Energie und rentiert sich nur, weil das Verursacherprinzip nicht durchgesetzt wird: Die Kosten der kurz- und langfristigen Schäden für Mensch, Tier und Umwelt werden nicht von den Verursachern getragen, sondern auf Einzelne und/oder die jeweiligen Staaten abgewälzt und damit steuerfinanziert. Auf diese Weise werden in unverantwortlichem Maße ökologische Lebensgrundlagen, Gesundheit, das soziale Miteinander der Menschen sowie das Wohl der Tiere geschädigt. Dabei wirkt die Forcierung des Fleischkonsums als eine der Hauptursachen für die Zunahme des Welthungers. Im Einzelnen verschärft die Entwicklung eine Fülle miteinander verbundener Risiken: Zerstörung, Vergeudung und Verschmutzung

der natürlichen Ressourcen: Boden und Bodenfruchtbarkeit, Wasser und Atmosphäre. Verlust der wilden ebenso wie der gezüchteten Artenvielfalt, Kontamination der Ökosysteme mit Nitraten, Pestiziden und Stoffen mit pharmakologischer Wirkung (Antibiotika, Hormone). ...“

Die Äußerung Ihres zuständigen Fachministers, Massentierhaltung sei eben nötig, so lange die Menschen soviel Fleisch kaufen und essen, wie es derzeit der Fall ist, zeugt von Inkompetenz und mangelndem Fachwissen. Oder werden Zusammenhänge hier bewusst verschleiert? Denn was in Brandenburg billig erzeugt wird, bleibt zum großen Teil gar nicht hier. Oder sie dient der bewussten Fehlinformation der Bevölkerung. Schon jetzt exportiert Deutschland 60 % der erzeugten tierischen Produkte ins Ausland, und oft auf Märkte, die unter der Konkurrenz von durch EU-Förderung massiv verbilligten Fleisches zusammenbrechen und regionale Erzeuger ruinieren. Ist das unsere Art, auf Kosten anderer Regionen billig und vermeintlich gut zu leben? Auch die Gewinne bleiben nicht hier. Sie fließen in die Taschen der Großagrarier, die oft im Ausland ihren Sitz haben und in Brandenburg nur eine Handvoll von Menschen beschäftigen.

Was den Brandenburgern aber hierbleibt, sind alle negativen Folgen von intensiver Landwirtschaft: zerstörte Landschaften, tote Böden, vergiftetes Wasser, Lärm, Dreck und Gestank. Dagegen wehren sich die BürgerInnen inzwischen mit zunehmender Intensität, und das sollten Sie nicht mit ein paar abwiegelnden und von wenig Fachwissen geprägten Sätzen abtun und übergehen- damit werden Sie die Bevölkerung nicht auf Dauer beruhigen können.

Die Feststellung, es sei alles bestens, ignoriert das seit Jahren anwachsende Unbehagen einer ebenso wachsenden Zahl an MitbürgerInnen, deren deutliche Forderung am lautesten in jedem Januar eines Jahres vor den Toren der Grünen Woche, der bedeutendsten landwirtschaftlichen Messe in Berlin, artikuliert wird. Den Ruf von mehreren –zig Tausend Menschen „Wir haben Agrarindustrie satt“ als das unsachliche Gemecker von ahnungslosen Gutmenschen und unwissenden Städtern abzutun und zu diskriminieren, ist kurzsichtig und arrogant.

Wir fordern Sie auf, Ihrer Verpflichtung, die Entwicklung des in Ihrer Verantwortung stehenden Bundeslandes Brandenburg vor allen Dingen als zukunftsorientierten und nachhaltig naturverträglichen Prozess zu gestalten. Dabei kann es zwangsläufig nicht nur um profitorientierte Investitionen von Großverdienern gehen, deren langfristige Folgekosten zur Wiederherstellung und Sanierung des geschädigten Naturhaushaltes wiederum der Gesellschaft aufgebürdet werden- solche Beispiele sind inzwischen zahlreich. Brandenburg ist ein Agrarland mit Schwerpunkten u.a. in Tourismus und Handwerk- aber Landwirtschaft darf nicht die Lebensgrundlagen der ganzen Bevölkerung beschädigen. Industrielle Tierproduktion, wie sie in Brandenburg stattfindet, schafft kaum Arbeitsplätze. Dafür vernichtet sie eine große Zahl- z.B. in der Tourismusbranche, und in der bäuerlichen Landwirtschaft selbst. Ein Land, in dem noch vor dreißig Jahren die meisten BürgerInnen in der Landwirtschaft tätig waren, bietet heute nur noch einen Bruchteil der ehemaligen Arbeitsplätze im agraren Bereich- was normal ist in vollautomatischen Produktionsabläufen.

Einer gedeihlichen Landesentwicklung dient das nicht.

Wir verlangen von unseren Agrarpolitikern eine gründliche Situationsanalyse - unter Einbeziehung allen Fachwissens - und eine objektive Risikobewertung, jetzt und für die Zukunft. Geschönte Studien wie die vom Bundesverband für Tiergesundheit (BfT), dem Interessenverband deutscher Pharmahersteller für Tierarzneimittel- aus dem Jahr 2012 dürfen bei einer solchen Analyse kein Gewicht erhalten. Vielmehr wird sich ergeben, dass eine sofortige Abkehr von dem verhängnisvollen Weg zu einer immer höheren Tierkonzentration mit allen ihren Folgen zwingend erforderlich ist.

Denn nicht die Debatte um die Massentierhaltung ist ein Irrweg, wie Sie, Herr Ministerpräsident, den BürgerInnen sagten, sondern die Massentierhaltung selbst. Und dies ebenso wie die zerstörerische Intensivlandwirtschaft auf den Megaschlägen Brandenburgs, deren tödlicher Einfluss auf die wildelebende Flora und Fauna unseres Landes längst bewiesen wurde. Aber dazu in einem andern Brief.

Mit freundlichen Grüßen